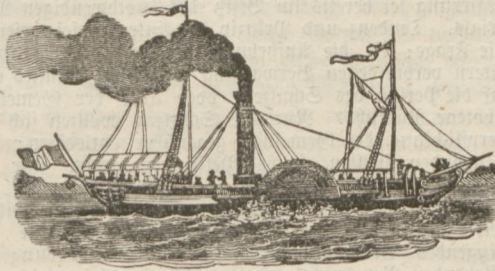


Danziger Dampfboot.

N^o. 38.

Donnerstag, den 11. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Inserate, pro Spaltzeile 9 Pfge., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.



1861.

31ster Jahrgang.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. Giefige können auch monatlich mit 10 Sgr. abonniren.

Staats-Lotterie.

Berlin, 13. Febr. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 123ster Königl. Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 18,802. 2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 13,913 und 76,774. 2 Gewinne zu 200 Thlr. fielen auf Nr. 69,084 und 80,706 und 4 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 91,16,083, 41,783 und 78,765.

Telegraphische Depeschen des Danziger Dampfboots.

[Wolff's Telegraphisches Bureau.]

Aufgegeben in Berlin 14. Febr. 9 Uhr 39 M. Vorm. Angekommen in Danzig 14. Febr. 10 Uhr 26 M. Vorm.

Nola di Gaeta, 13. Februar.

Gaeta hat capitulirt. Der General Cialdini wird morgen die Festungswerke und die Stadt, nach der Abreise des Königs und seiner Familie, in Besitz nehmen. Die Garnison bleibt bis zur Consignation der Festungen Messina und Civitella del Tronto kriegsgefangen.

Neapel, den 13. Februar.

Die französische Corvette „Mouette“ geht nach Gaeta, um die Königl. Familie an Bord zu nehmen.

Wien, Mittwoch, 13. Februar.

Die Anlehnzeichnungen übersteigen die Summe von 30 Millionen Gulden à 20 Sgr.

Pesth, Dienstag, 12. Februar.

Heute ist einstimmig die Adresse des Pesther Komitates beschlossen, welche des Kaisers Reskript beantwortet. Das Oktoberdiplom, heißt es darin, erweckte Vertrauen, das Reskript zerstörte den Glauben wieder, denn trotz des einmüthigen Wunsches des Landes weigerte sich der Monarch, den konstitutionellen Boden zu betreten. Nur Gewalt, heißt es dann weiter, nicht eigener Entschluß kann uns vom legalen Standpunkte verdrängen. Die rückhaltlose Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Boden könne allein noch den König und das Vaterland retten.

Fiume, Dienstag, 12. Februar.

Fiume sammt Bezirk ist durch ein gestriges Telegramm des Banus in Belagerungszustand versetzt worden. Am 19. beginnt die General-Versammlung des humaner Komitates.

Turin, Mittwoch, 13. Februar, Morgens.

General Cialdini und der Kommandant von Gaeta haben eine gemischte Commission ernannt, welche die Bedingungen betreffs der Capitulation redigiren soll.

Kopenhagen, 11. Februar, 9 Uhr Abends.

39 schleswigsche Studenten haben dem Kriegsminister eine Adresse überreicht, worin sie sich für den Kriegsfall zur Disposition der Armee stellen. Der Kriegsminister antwortete der Deputation, daß er dieses Anerbieten freudig annehme; sie erwiesen der Armee einen großen Dienst, weil sie Bildung mit Patriotismus vereinten. Es sei möglich, daß die Occupation Holsteins zu einem Kriege, vielleicht zu einem europäischen Kriege führe, und Dänemark treffe Vorbereitungen, um allenfalls mit Kraft einer solchen Eventualität zu begegnen.

Kopenhagen, 11. Februar, 10 Uhr Abends.

„Berl. Tidende“ bringt einen Artikel in Anlaß des neulichen Artikels des „Globe“, worin es heißt:

Es ist ein Unglück, daß Holstein durch die Verträge von 1815 eine doppelte Stellung erhielt, indem es halb zu Dänemark, halb zu Deutschland gehöre; daraus könne Deutschland eine Veredigung zur Bundes-Execution herleiten, wenn es sich einfach darum handelte, Holsteins Herzog zur Erfüllung der Bundespflichten zu zwingen. Diesen habe der König sich nie entzogen, selbst nicht unter schwierigen Verhältnissen. Wenn aber die Bundesgesetze, die Deutschlands Fürsten Schutz in ererbten Rechten und Sicherheit gegen Angriffe anderer deutschen Mächte gewähren sollen, verbrocht werden, den Souverain unmißlich machen und ihn einem feindlichen Ueberfalle, unter dem falschen Namen einer Bundes-Execution preisgeben, damit er Deutschlands Oberhoheit über ein Gebiet anerkenne, das dasselbe nichts angeht, dann giebt es keine Verpflichtung sich vor dem Unrecht zu beugen. Die nicht-deutschen Mächte müssen dann Einsprache erheben können, wenn ein Ueberfall einer Macht beabsichtigt wird, deren Besitzungen zum größten Theil außer der Kompetenz des Bundes liegen, und es werden dieselben kein Verfahren erlauben können, wodurch Administration und Gesetzgebung in den Gesamtangelegenheiten gehemmt werden, noch werden dieselben einen Zustand erlauben; wodurch die dänische Flotte im Hafen verfaulen und das Heer aufgelöst werden kann. Keine Macht wird es Dänemark verdenken, wenn es solches als einen feindlichen Act betrachtet und demgemäß handelt. (S. N.)

Kriegsvertagung.

Die Befürchtungen, daß am Mincio und an der Eider zugleich mit dem erwachenden Frühling die Kriegsflamme ausbrechen würde, sind ziemlich ganz geschwunden. Denn von Seiten Piemonts wird kein Angriff auf Venetien gemacht werden, und auch der deutsche Bund wird, wie vorauszusehen war, den Dänen keine Gelegenheit geben, ihre Kriegszugriffe zu befriedigen. Keinesweges aber darf man sich der Hoffnung hingeben, daß damit der Friede Europa's für die Dauer gesichert sei; außer dem Mincio und der Eider giebt es noch andere Punkte, wo der Kriegsfunkel unter der Asche glimmt und durch irgend welchen Windstoß in der politischen Welt zur Flamme erwachsen kann. Nichten wir nur unsern Blick von dem Mincio und der Eider nach dem Bosporus! — Frankreich und Rußland haben ihre Pläne in Bezug auf die orientalische Frage noch keinesweges aufgegeben; sie warten vielmehr auf die gelegene Zeit zur Ausführung derselben. Es wird sogar schon wieder davon geredet, daß Rußland und Frankreich vereint in Konstantinopel sehr auffällige Schritte gethan haben sollen, Schritte, die geeignet sind, den kranken Mann auf's Höchste zu beunruhigen. Nun hat zwar der Kaiser von Frankreich in seiner Thronrede versichert, daß er den Frieden aufrichtig wünsche; doch was wir von den Versicherungen desselben zu halten, ist uns längst bekannt. Dazu sehen wir, daß in Frankreich die Kriegsrüstungen im großen Maßstabe fortgesetzt werden, wie denn auch der Kaiser ausgesprochen, daß er immer noch der Mann sei, welcher für Ideen Krieg führe. — Dem Kaiser gehen viele Ideen durch den Kopf, und wer sagt uns, daß nicht eine derselben sehr kriegerischer Natur ist? — Beunruhigender aber noch ist das Bestreben des Kaisers, sich zum Richter aller politischen Streitfragen und zum Protector des ganzen Erdtheils aufzuwerfen. Seine Entscheidung wird nicht immer als gültig anerkannt werden, und leicht kann der Fall eintreten, daß die Völker gezwungen sind,

sein Urtheil durch das Schwert zu vernichten. Darin eben, daß der Kaiser einen überwiegenden Einfluß gewonnen, liegt der Grund der Unruhe unserer politischen Verhältnisse und Niemand ist vermögend, sich mit vollem Herzen den Friedenshoffnungen hinzugeben. Es ist dieser Umstand auch in der englischen Thronrede mit Nachdruck betont worden, obwohl Frankreich sich alle Mühe giebt, vor England im Friedenskleide zu erscheinen und die Rolle Elihu Burrit's zu spielen. Trotz alledem kann nicht geläugnet werden, daß die Kriegsvertagung, welche eingetreten, auf manche günstige Wendung in der europäischen Politik hoffen läßt. Es ist Zeit gewonnen, diesen und jenen Streitpunkt durch friedliche Unterhandlungen zu erledigen und uns zu dem Kampf für die gute Sache, den wir stets erwarten müssen, mehr zu rüsten und zu stärken. Hüten aber müssen wir uns unter allen Umständen, die Kriegsvertagung in irgend welcher Weise als eine Kriegsbeilegung anzusehen.

Landtags-Angelegenheit.

Dreizehnte Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Präsident Simon eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. — Am Ministertische: v. Patow, Graf Pückler, v. Auerswald, v. Bethmann-Hollweg, Graf v. Schwerin und einige Regierungscommissarien. — Die Tribünen sind wieder ziemlich besetzt.

Der erste Bericht der Petitions-Kommission kommt zur Berathung. Zu der Petition des Neumarkter Kreises wegen der Transportkosten für die Landwehr-Kavallerie-Pferde, welche die Kommission „in der bestimmten Erwartung“ der Abhilfe an die Regierung überweisen will bemerkt der

Abg. Fubel: Er stimme für eine andere Formulirung des Antrages und zwar dahin: „die verlegende Petition von neuem der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“ — Berichterstatter Wachler erklärt sich Namens der Kommission mit diesem Amendement einverstanden, wesentlich um eine möglichst annähernde Einstimmigkeit im Hause zu erzielen.

Die zweite Petition desselben Berichts, welche eine prinzipielle Frage betrifft, ist die des amnestirten Sal. Levy wegen einer Paskarte; die Kommission beantragt Ueberweisung „zur Berücksichtigung.“

Abg. v. Köhne: Die Paskarten-Konvention von 1850, welche ohne Zustimmung der Kammern von der damaligen Regierung abgeschlossen worden, definire den Begriff der „Zuverlässigkeit“ derart, daß sie mit der Verfassung sowohl ihrem Buchstaben wie ihrem Geiste nach in Widerspruch stehe. Nach Art. 48 bedürfen Verträge, durch welchen einzelnen Staatsangehörigen Verpflichtungen auferlegt werden, der Zustimmung der Landesvertretung, und dem Geiste der Verfassung nach könne man wohl nicht annehmen, daß die Regierung berechtigt sei, in Traktaten verfassungsmäßige Rechte aufzuheben oder zu verkümmern. — Abg. Reichensperger (Köln) hält den Begriff „zuverlässig“ für einen rein technischen, der gesetzlich nicht fixirt sei, auch nicht fixirt werden könne. Es müsse wesentlich dem Ermessen der Behörde anheimgestellt werden, darüber zu entscheiden, und er halte demzufolge den Beschluß der Kommission für nicht unbedenklich, doch wolle er, da die Regierung mit der Kommission im Ganzen einverstanden sei, sein Bedenken nicht festhalten. Im Allgemeinen müsse er noch bemerken, daß gerade jetzt, wo mehrere Nachbarstaaten mit der Reform oder Befestigung des Paskartens beschäftigt seien, es auch für unsere Regierung rätlich sein möchte, dem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Minister der Innern: Er könne sich in dieser Sache ganz kurz fassen nach der Erklärung, welche der Regierungskommissarius in der Kommission abgegeben. Die Paskarten-Angelegenheit beruhe auf Verträgen mit den andern Staaten, und die Regierung sei in der Auslegung so weit gegangen, als sie glaubte gehen zu können. In diesem Falle sei die Frucht aber allerdings zweifelhaft; dem Petenten waren die Ehrenrechte aberkannt und erst kurze Zeit vorher, als er um eine Paskarte bat, wieder verliehen worden. Es schien damals wohl gerechtfertigt anzunehmen, daß die Zuverlässigkeit noch nicht eingetreten sei. Mit Rücksicht auf die seither verlaufene Zeit und

auf die Verwendung des Hauses sei er bereit, dem Manne jetzt eine Parthe zu geben. (Beifall rechts.)

Abg. Ahmann: Mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers habe er nichts mehr hinzuzufügen. — Die Petition ist damit erledigt.

Eine Petition wegen Revision des Jagdpolizeigesetzes will die Kommission der Regierung „als Material“ überweisen: auf Antrag des Abg. v. Bockum-Dolffs (unterstützt von v. Ammon und Kobden) wird mit großer Majorität Tagesordnung beschließen.

Die übrigen Petitionen werden fast ohne Diskussion sämtlich durch Tagesordnung erledigt. Eine Petition gegen Verschmälerung eines Weges durch Regierungs-Verfügung, dessen größere Breite durch Separations-Respekt festgesetzt und durch ein gerichtliches Erkenntniß gesichert ist, will die Kommission durch Tagesordnung erledigen, unter Verweisung des Petenten auf den Rechtsweg; die Abgg. v. Ammon und Ströhn befürworteten Ueberweisung an die Staats-Regierung, da die betreffende Bezirks-Regierung bei ihrem Verfahren als Wegepolizeibehörde nicht im Rechte gewesen sei; gegen den Widerspruch des Ministers des Innern und des Berichterstatters Pylaski wird die Tagesordnung abgelehnt und die Ueberweisung an die Regierung „zur Berücksichtigung“ beschlossen.

Zur Petition des Arbeitmanns Gottlieb Bugze zu Wangerin in Pommern, der wegen Schließung einer gerichtlichen Ehe von dem Superintendenten Lenz öffentlich in der Kirche als aus der Landeskirche ausgestoßen bezeichnet ist und um Wiederaufnahme in die Landeskirche bittet, beantragt die Kommission wegen nicht erledigten Instanzzuges die Tagesordnung. Der Kultus-Minister v. Bethmann-Hollweg verweist auf den kürzlich ergangenen Erlaß des evangelischen Ober-Kirchenrathes, welcher in Bezug auf den vorliegenden Gegenstand Spezielles enthält. Nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche könne, diesem Erlaß zufolge, von einer Kommunikation gerichtlich Ausgeschiedener nicht die Rede sein, die Kirche betrachte vielmehr jene Personen fortwährend als Gegenstände ihrer Liebe, indem sie ihre Rückkehr hoffe. In Bezug auf die Gültigkeit bürgerlich geschlossener Ehen und die Wiederaufnahme gerichtlich Ausgeschiedener enthalte der Erlaß des Ober-Kirchenraths derartige Grundsätze, daß ein liberales Blatt der Hauptstadt sich veranlaßt gesehen habe, denselben als einen erfreulichen Fortschritt zu bezeichnen. Wären derartige milde Grundsätze von den Freunden der Kirche schon früher nicht bloß ausgesprochen, sondern auch geltend gemacht worden, so wäre die Lösung der Frage der Ehegesetzgebung erleichtert worden. Diese Grundsätze seien die notwendige Konsequenz der verfassungsmäßigen Freiheit der Ehe. Er hoffe, daß jene Lösung recht bald erfolgt werde.

Der erste Petitionsbericht der Gemeinde-Kommission kommt zur Berathung. Die Warburger Petition, betreffend die Kasernirung der Garnison, welche die Kommission auch über den vorliegenden Fall hinaus im Interesse aller beteiligten Städte befürwortet, wird verteidigt von dem Abg. Schulz (Herford).

Abg. Schulz empfiehlt den Kommissions-Antrag, weil die Einquartirungslast als Staatslast angesehen werden müsse.

Abg. Grabow: Die Kommission habe sich auf den allgemeinen Standpunkt gestellt, daß eine allgemeine gesetzliche Regulirung der Angelegenheit für alle Provinzen eintreten solle. Es sei nicht zu leugnen, daß die Einquartirungslast eine Staatslast sei; es ergäbe sich dies aus dem Servis-Reglement und aus der Gesetzgebung vom Jahre 1820. Zu den im Jahre 1852 vorgelegten Grundsteuer-Vorlagen hätten die Motive eine historische Entwicklung des Servis-Wesens gegeben, an deren Schluß gesagt sei: Mit dem Gesetze vom 30. Mai 1820 habe die Servis-Abgabe ihre besondere Natur und Bestimmung verloren; sie sei in eine fixirte Staatsabgabe verwandelt und daher die Einquartirungslast auf den Staat übertragen. Das platte Land habe von dem Militair ebenfalls keinen Vortheil und er glaube deshalb, daß nicht bloß die Städte, sondern auch das platte Land die Verpflichtung habe, zu der Last beizutragen.

Minister des Innern: Der Vorredner habe seine Deduktion auf Motive begründet, welche die Regierung einer Gesetzes-Vorlage beigefügt habe. So viel Werth die Regierung auf ihre Motive lege, so könne daraus doch keine gesetzliche Folgerung gezogen werden. Man werde glauben, daß die Regierung ihr Augenmerk auf die Angelegenheit richte, und es bedürfe daher keiner nochmaligen Anregung seitens des Hauses. Die Ausgleichung zwischen den Bedürfnissen der Kommunen und den Mitteln des Staats sei nicht so leicht herzustellen. Würde die Petition überwiesen, so habe die Regierung freilich nichts dagegen; er glaube nur, daß der Sache dadurch nicht nähergetreten werde.

Abg. Kühne (Berlin): Die Gesetze vom Jahre 1820 und 1823 sprächen deutlich aus, daß der Servis eine Staatsabgabe geworden sei; dagegen trete er dem Minister darin bei, daß die Hoffnung auf Regulirung noch weit in der Ferne liege.

Finanz-Minister v. Patow: Er wolle nur auf die Bedenken aufmerksam machen, welche der Annahme des Kommissionsantrages entgegenstehen. Daß bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung die Einquartirungslast keine Staatslast sei, lasse sich nachweisen, und es gäbe eine Menge von Kasernen, die, wenn sie zu Staatslasten erklärt würden, doppelt hart auf die Schultern des Einzelnen fielen. Es gäbe eine Menge von Städten, welche die Einquartirung als eine Wohlthat ansähen; darüber lägen eine große Zahl von Petitionen vor. Würde die Last für eine Staatslast erklärt, so bliebe nichts übrig, als allen Städten aus öffentlichem Säckel Entschädigung zu zahlen, dadurch würden die Staatslasten gesteigert und die Einzelnen um so schwerer bedrückt. Der Staat sei bemüht, dem Bedürfnis durch Kasernenbauten abzuhelfen. Für das Interimistrium glaube er im Interesse der Gesamtheit des Staats den Wunsch aussprechen zu müssen, daß die Regierung zu legislativen Maßregeln gedrängt werde.

Abg. Hahn für den Kommissionsantrag, weil die Last eine Staatslast sei. Abg. Schwenzner erklärt, daß er nicht zu weit gehe, wenn er behaupte, daß 30 pCt. von schlesischen Städten Einquartirung wünsche. Er berufe sich dafür auf die Acten des Kriegsministeriums. — Abg. Kobden: Die Kommission habe ein Prinzip ausgesprochen, die Modalitäten aber freigelassen.

Die Diskussion ist geschlossen und nachdem der Referent Abg. Delius den Kommissions-Antrag noch mit einigen Worten gerechtfertigt, wird unter Ablehnung der Tagesordnung der Kommissions-Antrag angenommen.

Der nächste Antrag betrifft die in Folge einer Petition in Beziehung auf das Schulzenamt von der Kommission befürwortete Vorlage eines Gesetzes wegen Regulirung der gutsobrigkeitlichen Gewalt.

Abg. v. Grävenitz beantragt Tagesordnung. Die Regierung sei bereits im Besitze des notwendigen Materials. Tendenz und Prinzip des Antrages sei einseitig. Die Frage: ist die Aufhebung der mit den Schulzen verbundenen Verwaltung des Schulzenamtes eine auf die Person des Schulzen, oder aber der Gemeinde gebotene Rücksicht? Nur die Schulzen wollten sich der Verpflichtung der Gemeinde gegenüber entledigen; die Gemeinden stellten solche Petitionen nicht, nur die Schulzen.

Abg. Leue: Die Regierung selbst habe die anderweite Regulirung der gutsobrigkeitlichen Gewalt als dringendes Bedürfnis anerkannt. Die Aufhebung der bestehenden Bevorrechtigungen durch ein Gesetz sei nothwendig, schon um eine neue Landgemeinde-Ordnung vorzubereiten.

Der Minister des Innern: Der Standpunkt der Regierung sei nicht zweifelhaft. Die Institute müssen aufgehoben werden. Die Schwierigkeiten seien zunächst die, wenn die Provocation auf Ablösung zustehe, ob dem Schulzen oder der Gemeinde; diese Zweifel würden aber gehoben werden durch die so nothwendige Abänderung des Gesetzes von 1856. Er wünsche zunächst die Kreisverhältnisse zu ordnen, und schon in einigen Tagen werde er eine Kreisordnung für sämtliche Provinzen des Staates vorlegen. Jedenfalls würde in Kürze mit der Abänderung des Gesetzes vorgegangen werden.

Abg. Waldeck: Die Petition, der er zustimme, bezeichne einen Fortschritt; sie gehe auf Beseitigung von Rechten, die an sich nicht mehr haltbar seien; Regulirung der Gesetzgebung über die gutsobrigkeitliche Gewalt — das heiße Aufhebung. (Zustimmung rechts.) Er freute sich der Aussicht auf eine Kreisordnung für die ganze Monarchie, wüniche aber auch eine allgemeine Gemeindeordnung. Bloss die gutsobrigkeitliche Gewalt reguliren, würde heißen, eine Treppe unten kehren und oben alles liegen lassen. Im Sinne dieser Aeußerungen stimme er dem Kommissions-Antrage bei. — Abg. Liegel bemerkt gegen den Abg. v. Grävenitz, gerade im Hirschberger Kreise (wo Herr v. Grävenitz wohnte) seien mehrere gutsobrigkeitliche Beamte wegen Unterschlagung u. dgl. in Untersuchung.

Berichterstatter v. Dieckhoff: Auch die Gemeinden wüniche den Abschluß der Beseitigung der Erbshöfe; über die Modalitäten der erbetenen Regulirung der Gesetzgebung über die gutsobrigkeitliche Gewalt hätte die Kommission zu einer Aeußerung keine Veranlassung gehabt. Sie verstehe unter Regulirung allerdings nicht Aufhebung wie der Abg. Waldeck. — Die Tagesordnung wird abgelehnt; der Kommissionsantrag wird mit höchst überwiegender Majorität angenommen. Die übrigen Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission einfach durch Tagesordnung erledigt.

Es folgt der erste Bericht der Budget-Kommission über den Etat für 1861 im Allgemeinen und über die Wahl einer besonderen Kommission zur Prüfung der Mehrausgabe für die Militärverwaltung und die besondern sich darauf beziehenden Vorlagen. Nach wenigen einleitenden Worten des Referenten Abg. Dierath wird der Antrag der Kommission ohne Diskussion fast einstimmig angenommen.

K u n d s c h a u.

Berlin, 13. Febr. Gestern um 3 Uhr Mittags empfangen Se. Maj. der König, wie wir bereits gemeldet haben, die Deputation des Abgeordnetenhauses, welche die von demselben beschlossene Adresse zu überreichen beauftragt war. Se. Hoheit der Fürst Hohenzollern und der Staatsminister v. Auerstahl waren zugegen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses richtete an Se. Maj. den König einige ehrenbietige Worte, in welchen unter Anderen das Bedauern ausgedrückt war, daß nach den bestehenden Formen der Geschäftsordnung der Inhalt der Adresse Sr. Majestät schon bekannt sein würde. Hierauf nahmen Se. Majestät die Adresse aus der Hand des Präsidenten Dr. Simson entgegen, und geruhten Folgendes zu erwidern:

„Meine Herren! den Ausdruck der Trauer, welchen mir das Haus der Abgeordneten um den Hintritt des hochseligen Königs Majestät, meines geliebten Bruders, ausgesprochen hat, nehme ich mit bewegtem Herzen entgegen. Ihr Blick wendet sich stolz und, wie ich hoffen darf, mit Vertrauen auf die Grundsätze, nach welchen ich die mir von Gott anvertraute Macht weiter zu üben entschlossen bin. Das Land ist darüber nicht im Zweifel, ich baue fest darauf, daß die Vertreter desselben mir bei der Durchführung meiner Mission im Sinne der Erhaltung der Machtstellung meiner Krone zur Seite stehen, denn dies ist zum wahren Wohle des Vaterlandes nothwendig. In Bezug auf die Fragen der inneren und auswärtigen Politik, die in Ihrer Adresse berührt sind, welche mir nach dem bestehenden Geschäftsgange bereits bekannt sind und von dem ich mit Ihnen hoffe, daß er sich künftig wird verbessern lassen, hat Ihnen meine Regierung die Gesichtspunkte klar hervorgehoben, welche

nach meinen Intentionen maßgebend sind. Ich hoffe, daß das Haus der Abgeordneten dieselben durch seine Zustimmung unterstützen wird. Ich hoffe, daß Ihre nun beginnenden Arbeiten zu einer befriedigenden Lösung führen werden. Wir legen die bessere Hand an mancherlei Einrichtungen — auf gesetzlichem Boden, darüber kann kein Zweifel sein. Einigkeit macht stark, und da wir stark sein müssen, müssen wir auch einig sein. Für Preußen und dessen Stellung zu Deutschland sind meine Bemühungen mit Erfolg gekrönt worden. Ich weiß, daß mein Volk in guten und in bösen Tagen mir treu zur Seite steht; das erneute Gelübniß dieser Treue durch das Haus der Abgeordneten nehme ich gern entgegen.“ Der König ließ sich demnach die einzelnen Mitglieder der Deputation durch den Präsidenten vorstellen und richtete an einzelne huldreiche Worte. Er entließ die Deputation mit folgender Aeußerung: „Also, meine Herren, Sie gehen wieder an ihre Arbeit, ich hoffe, daß wir nach einigen Monaten in Eintracht und Freundschaft scheiden.“

— Se. Majestät der König empfingen heute früh eine Deputation von Gutsbesitzern aus der Weichselniederung.

— Der Vorgang bei dem Stavenhagenschen Amendement in der deutschen Frage, welches bekanntlich bei der Adress-Debatte zuletzt vom Antragsteller fallen gelassen, vom Abgeordneten Hoverbeck wieder aufgenommen wurde und dann bei der Abstimmung die Majorität der Fraktion Vincke zu Gegnern hatte, ist, wie die hiesige „Parlaments-Korrespondenz“ meldet, für eine Anzahl von Mitgliedern dieser Fraktion der entscheidende Anlaß geworden, ihren Austritt aus derselben zu erklären. Es haben dies bis jetzt im Ganzen zwölf gethan; man nennt unter ihnen die Abgeordneten Behrend (Danzig), v. Hoverbeck, Acker, Samradt, Haebler, Krieger, Morgen; der Austritt Anderer wird erwartet. Bekanntlich hatten schon früher zwischen der Majorität der Fraktion Vincke und den Unterzeichnern des sogenannten ostpreussischen Programms, zu denen die genannten Abgeordneten gehörten, Differenzen stattgefunden, die indeß zunächst noch zu keiner Trennung führten. Bei der Adress-Debatte traten diese Differenzen in dem (später zurückgezogenen) Amendement Behrend zu dem Passus wegen der höheren Verwaltungs-Beamten und in dem Stavenhagen-Hoverbeck'schen Vorgänge zu Tage. Wie es am Dienstag im Hause der Abgeordneten hieß, wäre damals das Amendement Behrend zurückgezogen worden auf Grund eines Kompromisses, wonach dafür die Fraktion das italienische Amendement des Abg. von Vincke und das deutsche des Abg. Stavenhagen aufrecht erhalten sollte.

— Die deputirten Johanner-Kitter, Graf von Bismarck-Wohlen, Graf Perpencher und Hr. v. Bassewitz, sind glücklich in Syrien angelangt. Die hier eingegangenen Briefe von ihnen sind am Tage vor ihrer Abreise nach Damascus abgeschickt. Der Witterung wegen war es ihnen nicht gelungen, an Rhodus und Cypern zu landen.

— Mit großer Spannung sieht man den Erfolgen des in Turin den 12. d. M. zu eröffnenden Parlaments entgegen, von dem Viktor Emanuel als König von Italien proklamirt werden soll. Der hiesige sardinische Gesandte Graf de Lamay telegraphirt sofort Alles, was über Italien in beiden Häusern des Landtages verhandelt wird, nach Turin an den Minister Cavour, welcher große Sympathien für Preußen hegt und wohl auch jetzt durch den nach Turin in einer außerordentlichen Mission abgehenden General-Lieutenant v. Benin eine hohe Auszeichnung erhalten wird. Wie es heißt, soll dem Könige von Sardinien der Schwarze Adler-Orden verliehen werden.

— Ein Anschlag im Zahlzimmer der königlichen General-Staatskasse besagt, daß Sterbthaler weder geprägt seien, noch — so viel bis jetzt bestimmt — geprägt werden würden.

— Der Musikdirektor Reithardt, Dirigent und Schöpfer des königl. Domchores, welcher seit einigen Jahren schon kränkelte, ist von den Ärzten aufgegeben. Man sieht leider stündlich seiner Auflösung entgegen. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den Kirchen-Musik-Direktor Emil Naumann, dem besonders der Kultus-Minister v. Bethmann-Hollweg und der Ober-Hofprediger v. Strauß sehr wohl wollen.

— Wie die Mailänder „Perseveranza“ berichtet, sind bei ihrer Redaction bereits 295 Frcs. zur Medaille für Herrn v. Vincke gezeichnet worden.

— Der heute gegen den Polizei-Direktor z. D. Stieber verhandelte Prozeß endigte mit dessen vollständiger Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte auf 3 Monate Gefängnißstrafe angetragen.

— Dr. Zuchs, der frühere Reichsarchivar, macht im „Fr. Z.“ bekannt, daß ihm aus Neapel von einem Herrn Salvati, als Vorsitzenden eines Vereins, der dem General Garibaldi einen Degen und andere Waffen als Ehrengeschenk überreichen und ihm „zugleich einen Theil der Mittel verschaffen will, zum Beginn des neuen Krieges, den der Gene-

ral beabsichtigen soll," ein Brief zugegangen sei, in welchem er eingeladen werde, öffentlich Sammlungen zu veranstalten zu dem Ehrengeschenk wie zu den Kriegsmitteln. Als Ziel des Krieges sei in einem, dem Briefe beigelegenen, in französischer Sprache „an alle Völker Italiens und des Auslandes“ gerichteten, gedruckten Aufruf angegeben: „Vereinigung von Rom und Venedig mit Italien und die Befreiung von Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Polen.“ Dr. Zuchowicz erklärt öffentlich, weil er zu öffentlichen Sammlungen aufgefordert sei: daß es die Ehre des deutschen Namens mit Füßen treten heiße, zu erwarten, daß deutsche Beiträge gegeben würden, um einen fremden Heerführer wegen Siege zu ehren, die er über deutsche Truppen errungen; außerdem aber wäre es Vaterlandsverrath, zu den Kosten eines Krieges beizusteuern, der gegen Venetien, also — wie Herr Zuchowicz meint — gegen deutsches Gebiet, sich richten soll. Wenn wir in letzterer Beziehung nichts weniger als einverstanden sind, so sind wir es desto mehr darin, daß es eine fast impertinente Zumuthung an die Deutschen ist: sie sollen helfen, daß Venetien zu Italien kommt. Hat Italien die Macht, sich Venetien ohne fremde Hilfe zu nehmen, so wird Deutschland es möglicherweise nicht daran hindern. Hilfe wird es dabei aber sicher nicht leisten, und andererseits werden Deutschlands Sympathien für Italien schnell auf Null fallen, wenn es etwa einen allgemeinen Nationalitätenkrieg proklamiren will. Der Verein, dessen Vorsitzender Salvati ist und von dem der seltsame Aufruf ausgeht, scheint der mazzinische revolutionäre „Verein der That“ zu sein.

Hamburg, 9. Febr. Hier erscheint seit acht Tagen eine „Revue de Hambourg“. Sie enthält politische Uebersicht, Feuilleton, literarisches, und will friedliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. „Ob, schreibt man der „Röln. Ztg.“, diese Revue eine zweite Auflage des „Straßburger Korrespondenten“, verbessert — sie erscheint ja französisch — muß sich zeigen; mit der Propaganda wäre es hier schwerlich leichter als im Elsaß. Unsere bitteren Erfahrungen von 1806—1815 sind zu tief eingepreßt, als daß hier französische Sympathien herrschen oder Platz greifen könnten.“

Wien, 11. Febr. In der am 22. v. M. gehaltenen Stadtversammlung von Gran stellte Joh. Besze den Antrag, daß Ludwig Kossuth und Georg Klapka, welche die Gemeinde einstimmig zu Vertretern gewählt hatte, auf Grundlage des allerhöchsten Reskripts vom 16. Jan. aus der Liste im Notariats-Protokoll gelöscht werden sollen. Der Antrag stieß auf keinen Widerspruch.

Nichts zeigt präciser das Unhaltbare der gegenwärtigen Situation, als die neueste Minister-Combination. Dieselbe ist in der That eine transitorische Maßregel und nur auf die Dauer des Uebergangsstadiums berechnet. Wie lange dieses letztere dauern wird, das hängt davon ab, welcher Einfluß zuletzt der dominirende sein wird. In diesem Augenblicke ist der Einfluß der Partei Rechberg im Steigen, dies beweist schon sein Verbleiben im Kabinette, während noch am 2. d. bestimmt war, daß er austreten und das Präsidium provisorisch an den Herrn v. Schmerling übertragen soll. So merkwürdig es ist, so ist es doch wahr, es fand sich Niemand, der die Erbschaft Rechberg's antreten mochte, die Verhandlungen, welche aus diesem Anlasse mit mehreren Personen angeknüpft worden waren, zerschlugen sich, und Graf Mensdorff, sowohl wie Freiherr v. Hilberer erklärten in der Verwaltung nicht eintreten zu können, so lange nicht ein definitives Programm festgestellt sei. Ebenso war es mit dem Handelsministerium der Fall. Auch hier waren mit mehreren Personen, jedoch ganz ohne Erfolg, Unterhandlungen angeknüpft, und Graf Wickenburg übernahm dasselbe, wie er selbst sagt, in Folge eines besonderen Befehles des Kaisers und auf den Wunsch des Herrn v. Schmerling. Der Herr Graf vollführte damit jedenfalls einen Act der Selbstverläugnung, da er das Bewußtsein haben muß, daß seine national-ökonomischen Kenntnisse keineswegs bedeutend genug sind, um ihn zur Uebernahme des Handelsministeriums besonders geeignet erscheinen zu lassen.

Bern, 9. Febr. Der Bundesrath hat in der gestrigen Sitzung Hrn. Tourte zu seinem bleibenden Repräsentanten am Turiner Hof ernannt unter Fortführung des Titels eines außerordentlichen Gesandten und mit dem von der Bundesversammlung zum voraus votirten Gehalt von 18,000 Frs.

Paris, 9. Febr. Wenn die Nachrichten, die in sehr wohlunterrichteten Kreisen umlaufen, genau sind, hat die Regierung gestern eine Depesche bekommen, worin ihr gemeldet wird, daß die Beschlezung von Gaeta und namentlich die Verheerung vom

7ten denn doch einen großen Eindruck auf Franz II. gemacht habe und dieser sowohl als seine Umgebung scheine die Gedanken an eine Uebergabe der Festung nicht mehr als eine Unmöglichkeit von sich zu weisen. Aus Rom hat der Kaiser — die beiden Ereignisse stehen wohl im Zusammenhange — einen Brief vom Papste bekommen, mit dessen Inhalt Napoleon III., wie er dem Geschäftsträger der Nunciatur versichert hat, wohl zufrieden ist. Das Votum der preussischen Kammer wird, wir hoffen es, dazu beitragen, der italienischen Regierung ihr schwieriges Werk der Organisation zu erleichtern. Es kann nämlich nicht bezweifelt werden, daß man in Gaeta sowohl als in Rom viel von der Mitwirkung der preussischen Regierung gehofft hatte. Das Votum der Kammer wird diesen Hoffnungen ein Ende gemacht haben; denn man wird wohl nicht von Wilhelm I. voraussetzen, er oder seine Regierung würden gegen den ausgesprochenen Willen des Landes handeln. — Zwischen England und Frankreich scheint ein besseres Verhältniß sich gestalten zu wollen, der Kaiser ist mit der Rede Lord John Russell's sehr zufrieden, während er von der englischen Thronrede weit weniger erbaut gewesen. — Aus Oesterreich sollen sehr friedliche Versicherungen hierher gelangt sein und Fürst Metternich soll sich im Namen seiner Regierung sehr günstig über die Thronrede geäußert haben. Welche Bedeutung unter diesen Umständen die neue als bevorstehend angekündigte Broschüre La Guéronnière's hat, wäre schwer zu beurtheilen. Wir wollen abwarten, was sie bringt. Es verlautet über den Inhalt derselben noch gar nichts, doch meint man, sie würde sich hauptsächlich mit der römischen Frage befassen.

Der römische Correspondent der „Gazz. di Venezia“ giebt folgende Beschreibung der gegenwärtigen Wohnung des Königs und der Königin von Neapel: „Eine schmale dunkle Treppe führt zu drei in den Kasematten angebrachten feuchten Kämmerchen, zu denen man durch einen Korridor und eine Art von Vorkammer gelangt, die auch bei Tage mit einer Lampe erleuchtet werden muß. In eines dieser Kämmerchen dringt der Widerschein des Taglichtes durch eine Luke ein, vor welche jedoch während des Bombardements dicke Ballen geschoben werden; zwei schmale Bettstätten und ein kleiner Schreibtisch sind die vornehmsten Theile des Hausraths eines Monarchen, der noch vor wenigen Monaten die schönsten Paläste bewohnen konnte. Die Straßen Gaeta's sind furchtbar anzusehen und mit Trümmern stürzender oder eingestürzter Häuser und geplatzter Bomben gefüllt: nichtsdestoweniger sieht man die Königin mit kühner Todesverachtung täglich durch diese Straßen nach den Spitälern wandeln, um dort Trost und Hilfe zu spenden und die Gefahren der Patienten zu theilen, da auch die Krankenhäuser beschossen werden, obwohl eine schwarze Flagge auf denselben weht.“

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 14. Februar.

Dem Holzmangel zum Weiterbau der Corvetten „Hertha“ und „Bineta“ wird in kürzester Zeit abgeholfen sein, da bereits Zusendungen per Eisenbahn von Hannover eingetroffen und die Kiehlücke von Leipzig angemeldet worden sind. Im Uebrigen ist zu bemerken, daß von der Marine-Verwaltung Vorseorge getroffen ist, die tüchtigsten Schiffszimmerleute beizubehalten, indem dieselben beim Bau der Boote für die Corvetten Beschäftigung finden. Um für die Folge einem Holzmangel vorzubeugen, geht in nächster Zeit eine Brau-Commission nach Galizien ab, um in den dortigen Wäldern beim Fällen gleich das für Schiffsbauzwecke nützliche Holz für die Marine auszuwählen, wie dies auch Seitens der Verwaltung der Artillerie-Handwerksstätten alljährlich angeordnet wird.

Der gestern von Herrn Dr. Richter gehaltene zweite Vortrag über die Jungfrau von Orleans behandelte im Anschluß an das Schiller'sche Drama die Verherrlichung der Heldin durch die Kunst. Einleitungsweise wurde an die Motive erinnert, die unsern Dichter der romantischen Auffassung des Gegenstandes vor einem rein historischen Trauerspiel den Vorzug geben ließen, und dabei Voltaire's und des englischen Dichters Southey gedacht. Weiterhin führte der Vortragende die Hauptmomente auf des Verhältnisses, welches diese Romantik zu den geschichtlichen Thatsachen, soweit sie dem Dichter bekannt waren, einnimmt. Beim weiteren Verfolg der Einzelheiten im Verlauf der Handlung hob Hr. Dr. Richter die Stellen besonders heraus, in denen Schiller durch Originalität der Composition, durch Gediegenheit der Gedanken und Schwung der Rede vorzugsweise seine Meisterschaft documentirt. Dabei wurde nicht nur

der Abweichungen vom Historischen erwähnt, die unser Dichter sich (meist durch Shakespeare dazu veranlaßt) erlaubt hat, sondern auch die bisweilen überraschende Uebereinstimmung nachgewiesen zwischen den Worten der dramatischen und der historischen Johanna. Thatsachen, welche Schiller nicht selten Jahre und Jahrzehnte vorwegnimmt, wurden correct auf ihr wahres Datum zurückgeführt, und über die vom Dichter auf eigene Hand in die Handlung verflochtenen Personen, wie Lahire, Talbot, die Isabeau, Agnes Sorel u. A. erhielten wir interessante Aufschlüsse aus der Geschichte. Das von Schiller fingirte Verhältniß zu Lionel, die Erscheinung des schwarzen Ritters, Johanna's Schweigen vor der Anklage des Vaters und ihren Tod auf dem Schlachtfelde stellte der Herr Vortragende als scheinbare Dissonanzen dar und vertheidigte in dieser Rücksicht den Dichter gegen die Angriffe der beiden Schlegel, Kogebue's u. A. Die Vorlesung, welche mit einer Unterbrechung von wenigen Minuten, zwei Stunden dauerte, erregte die gespannteste Aufmerksamkeit des Auditoriums, in welchem sich hervorragende Männer unserer Stadt befanden. Wir sprechen schließlich Herrn Dr. Richter für den Eifer, mit welchem er für die Verbreitung von Ibsen thätig ist, unsere volle Anerkennung aus und wünschen, daß man aller Orten seinen Bestrebungen die wohlverdiente Theilnahme erweisen möge.

Gestern hielt Hr. Diderici im Verein junger Kaufleute einen mit vielem Beifall aufgenommenen sehr interessanten Vortrag über die deutschen besonders preussischen Münzverhältnisse, in welchem diese auf das eingehendste beleuchtet, die wechselnden Verhältnisse in den verschiedenen Zeiten nachgewiesen und schließlich die musterhaft geregelten Münzverhältnisse in Preußen dargelegt, sowie durch genaue Zahlenangaben die Größe und der Werth der bei uns sowohl in Gold-, als Silberstücken und der Scheidemünzen, welche seit einer Reihe von Jahren bis zur letzten Zeit geprägt worden sind, angegeben wurde.

Heute Abend versammelten sich die vereinigten Sänger in der Gaubrimushalle. Wie uns mitgetheilt wird, soll das Programm des zweiten Concertes, welches dieselben zu geben beabsichtigen, ein sehr interessantes sein.

Von verschiedenen Seiten wird gewünscht, daß Frau Director Dibern die Glück'sche Oper „Orpheus und Euridice“ zur Aufführung bringen möge.

Königsberg. Am 12. Febr. fand, wie alljährlich, zum Andenken Rants eine Preisvertheilung statt, wobei in der philosophischen Fakultät A. Jung eine Prämie von 35 Thlr. und H. F. Gerß eine von 20 Thlr., in der theologischen G. A. Schweizer eine Prämie von 15 Thlr. erhielten.

Memel, 5. Febr. Der vom verstorbenen Hofrath Dr. Morgen vor 16 Jahren am hiesigen Orte ins Leben gerufene Wohlthätigkeits-Verein hat, seinem Statut gemäß, den Zweck, der Entfittigung Unerwachsener entgegenzutreten und vorzugsweise die Wirksamkeit der Rettungsanstalt für hilflose Kinder durch die Herbeischaffung der nöthigen Zuschüsse zu den Unterhaltungskosten zu fördern. Derselbe hielt am 29. Jan. seine Jahresversammlung. In der Rettungsanstalt für hilflose Kinder wurden 28 Knaben erzogen. Die Unterhaltungskosten eines jeden Einzelnen betragen fürs Jahr 55 Thlr. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2400 Thlr., die Ausgabe auf 2430 Thlr. Die landwirthschaftlichen Arbeiten bei dem Garten- und Feldbau gewährten nicht allein den Zöglingen eine den Geist und Körper stärkende Beschäftigung, sondern erleichterten auch die Erhaltung des Instituts nicht unwesentlich. (K. H. Z.)

Mit Erbauung der Gasanstalt soll zum Beginn der geeigneten Witterung vorgegangen werden, und ist der 1. März als Submissions-Termin für die Lieferung der dazu nöthigen Eisenröhren u. vom hiesigen Magistrat angefügt.

Dem Kaufmann Julius Ferdinand Zabs zu Tilsit ist der Character als Kommerzien-Rath verliehen.

Stettin, 13. Febr. Die bereits kürzlich von einer Zeitung gebrachte Nachricht, daß unser 2. Armeekorps (das Pommersche) mit dem 5. (Posenschen) tauschen solle, entbehrt nicht ganz der Begründung. Mit dem Auftauchen revolutionärer Symptome möchte die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel sich so hervortretend herausstellen, daß Anordnungen in diesem Sinne dann nicht zu bezweifeln wären. Ebenfalls ist aber zu gewärtigen, daß noch neue Truppentheile in nicht ferner Zeit in die Provinz Posen verlegt werden und daß dagegen andere, vielleicht in geringerer Zahl, nach dem Norden oder nach der Mark abrückten.

(Pomm. Ztg.)

Neustettin, 9. Febr. Bereits im vorigen Jahre hatten sich mehrere Gutsbesitzer hiesiger Gegend vereinigt, um die Errichtung eines Pfandbrief-Instituts für nicht ritterlichen Besitz anzubahnen. Die Bestrebungen fanden den allgemeinsten Beifall; es wurden von dem Komite Statuten entworfen und dem Ministerium des Innern zur Prüfung und Bestätigung persönlich überreicht. Da bis heute noch keine Antwort eingegangen ist, so haben sich die Gutsbesitzer petitionirend an das Abgeordnetenhaus gewandt. Sie ersuchen dasselbe um Befürwortung und Mithilfe zur Durchführung ihres Projektes, indem sie zugleich darauf hinweisen, welcher tiefen Einfluss die Gründung des beregten Instituts auf die Blüthe des Feldbaues und die Vermehrung der Steuerkraft des kleinen Grundbesitzers ausüben würde und dem Abgeordnetenhaus schließlich zu erwägen gegeben, ob die Aufhebung der Wucher-Gesetze vor Gewährung eines allgemeinen ländlichen Pfandbrief-Instituts nicht gerade für den kleinen Grundbesitzer von den unheilvollsten Folgen begleitet sein würde.

Colberg, 11. Febr. Die Bemühungen der städtischen Behörden wegen Erweiterung oder Modifizierung der Mayongesetze sind diesmal, wie es den Anschein hat, vom besten Erfolge begleitet. Es wird uns mitgetheilt, das Kriegs-Ministerium habe diesmal diese Anträge nicht sofort abgelehnt, sondern seiner Ingenieur-Abtheilung zur Begutachtung, resp. Entscheidung übergeben. — Ist hiermit auch noch nichts Bestimmtes erreicht, so ist wenigstens einige Aussicht vorhanden, daß der auf unserem Orte ruhende Bann endlich gemildert oder gelöst werde, da das Kriegs-Ministerium, wie es scheint, mit dem Eingehen auf diese Angelegenheit und die Anträge der Colberger Behörde, die bisher geltenden Gesetze und Prinzipien, die dem Mayongesetze zu Grunde liegen, verlassen hat und damit eintretenden Veränderungen derselben geneigt ist.

Stadt-Theater.

Frau Saemann-Paetz setzte gestern ihr Gastspiel als Donna Anna in „Don Juan“ fort. Wir sollten meinen, daß nach dieser Leistung kein Kunstverständiger noch behaupten wird, daß Frau Paetz eine Sängerin von wirklich künstlerischer Bildung ist. Wir gestehen offen, daß während des ganzen Abends uns ein peinliches Gefühl nicht verlassen wollte, so sehr wenig entsprach die ganze Gesangsweise der Gattin den Anforderungen, die man an eine mäßig gute Ausführung einer so tief gehaltvollen Mozartschen Schöpfung zu stellen berechtigt ist. Die Vortragsweise der Sängerin stand der Aufgabe so schroff entgegen, wie etwa Verdi sich Mozart gegenüber verhält. Dabei hörten wir diesmal die schon gerügten gepreßten Sauntöne noch häufiger als sonst, und auch die Intonation, war besonders in der großartigen D-dur-Arie bei dem sich mehrfach wiederholenden hohen g und a, erschreckend unrein, während die Sängerin in dem Allegretto der zweiten Arie ihre Stimme übermäßig forcierte. Auch in den Ensembles trat Frau Paetz überall aus dem Rahmen und aus der harmonischen Form des Ganzen; in dem Masfentertzt trieb sie noch mehr zur Eile als es sonst schon der Fall zu sein pflegt, da Frau Paetz nicht im Stande ist, Passagen in gemäßigtem Tempo auszuführen, der wahre Prüfstein einer kunstvoll gebildeten Coloratur. — Mit der ganzen Aufführung der Oper war überhaupt wenig Ehre einzulegen, trotz guter Besetzung der meisten Parthieen. Fräul. Wallbach (Berline) brachte uns ihre erste Arie in einer Weise zu Gehör, die uns denn doch „über den Spaß“ ging. Nachdem sie schon drei oder viermal Einsätze veräußert, machte sie bei der kleinen Sechszehntel-Figur einen Sprung, in Folge dessen sie zweiundzwanzig Takte hindurch mit dem Orchester consequent um drei Takte differirte! — Jedenfalls sollte übrigens wohl auch das Orchester im Stande sein, bei solcher Gelegenheit mit einem kleinen Sprung die Harmonie wieder herzustellen. Das Orchester schien aber überhaupt an diesem Abend wenig aufgelegt zu sein, denn es exekutirte die Oper, als ob es sich um die Zwischenakt-Musik bei einer Schauspiel-Vorstellung handle.

Vermischtes.

*** Vor einigen Tagen starb in Paris ein Weib Namens Therese Figneur im Alter von 84 Jahren, aus Talmoy gebürtig; sie lebte in einem Hospitium mit einer Pension von 200 Frs., welche sie seit dem Jahre 1800 für ihre Militairdienste bezog, und im Genusse einer zweiten Pension, welche ihr in den letzten Jahren Napoleon III. angewiesen hatte. In der That, Therese Figneur war Dragoner des 15. und 9. Regiments, in welchen sie von 1793—1812 gedient und an allen Feldzügen der Republik und des Kaiserreichs Antheil genommen hatte; sie war unter dem Namen Sans-Gêne in der ganzen Armee bekannt. Zur Zeit, als vom Komitee für die öffentliche Gesundheit das Verbot ergangen war, Weiber in die Regimenter aufzunehmen, baten alle Generale und Offiziere des Pyrenäen-Heeres um eine Ausnahme für die Figneur, welche auch mittelst eines sehr günstigen und für den weiblichen Soldaten sehr schmeichelhaften Dekrets zugestanden wurde. Unsere Heldin machte ihre ersten Proben gegen die Engländer bei der Belagerung von Toulon, wo sie Napoleon, der damals Artillerie-Offizier war, kennen lernte. In einem Zeitraume von zwanzig Jahren hatte sie sich inmitten so vieler tapferen Soldaten ausgezeichnet, war eben so gutmüthig und unerschrocken, und aus ihrem Munde die von ihr mitgemachten Schlachten beschreiben zu hören, war in der That besonders interessant.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationschule zu Danzig.

Febr.	Stunde	Barometer-Höhe in Par. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaumur	Wind und Wetter.
13	4			SW. mäßig, hell, später Abends ganz bezogen.
14	8	336,88	+ 0,8	SW. mäßig, dick bezogen.
	12	337,68	+ 2,5	West ruhig, etwas durch- brochene Luft.

Producten-Berichte.

Danzig. Börsenverkäufe am 14. Februar.
Weizen, 37 Last, 130 pfd. fl. 624, 128 pfd. fl. 600, 127, 126 pfd. fl. 570, 125.26 pfd. fl. 555, 124.25, 124 pfd. fl. 540—546, 122 pfd. fl. 510.
Roggen, 17 Last, fl. 333—345 pr. 125 pfd.
Gerste, 18 Last, gr. 106 pfd. fl. 306, 102 pfd. fl. 264, fl. 97 pfd. fl. 240.
Weiße Erbsen, 22 Last, fl. 312—360.

Danzig. Bahnpreise vom 14. Februar.

Weizen 120—134 pfd. 70—105 Sgr.
Roggen 125 pfd. 53—56 1/2 Sgr.
Erbsen 50—60 Sgr.
Gerste 100—118 pfd. 41—55 Sgr.
Hafer 65—80 pfd. 22—30 Sgr.
Spiritus 21% Thlr. pr. 8000 % Thr.

Berlin, 13. Febr. Weizen 70—84 Thlr. pr. 2100 pfd
Roggen 49 1/4—50 1/2 Thlr. pr. 2000 pfd.
Gerste, große und fl. 42—48 Thlr.
Hafer 26—29 Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—58 Thlr.
Rübel 11 1/4 Thlr.
Leinöl 11 1/2 Thlr.
Spiritus ohne Faß 21 1/2 Thlr.

Stettin, 13. Febr. Weizen 85 pfd. 78 1/2—84 Thlr.
Roggen 77 pfd. 45 1/2—46 1/4 Thlr.
Rübel 11 1/2 Thlr.
Spiritus ohne Faß 20 3/4—24 Thlr.

Königsberg, 13. Febr. Weizen 80—100 Sgr.
Roggen 50—58 Sgr.
Gerste, große und kleine 36—48 Sgr.
Hafer 22—30 Sgr.

Course zu Danzig am 14. Februar:

	Brief	Geld	gem.
London 3 M.		Thlr. 6.18%	—
Hamburg kurz		150	—
Amsterdam 2 M.		141%	—
Staatschuldcheine 3 1/2 %		87	—
Westpr. Pandbriefe 3 1/2 %		83 1/2	—
do. 4 %		93 1/2	—
Staats-Anleihe 1/2 %		101	—
do. 5 %		105 1/4	—
Rentenbriefe 4 %		95 1/2	—

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 14. Februar.
S. Kräft, Clara, v. Copenhagen m. Ballast.

Berliner Börse vom 13. Februar 1861.

Zf. Br. Gld.			Zf. Br. Gld.			Zf. Br. Gld.				
Pr. Freiwillige Anleihe	4 1/2	100 1/2	Pommersche Pfandbriefe	4	97 1/2	96 1/2	Pommersche Rentenbriefe	4	96	95 1/2
Staats-Anleihe v. 1859	5	106	Possische do.	4	101 1/2	100	Possische do.	4	92 1/2	91 1/2
Staats-Anleihen v. 1850, 52, 54, 55, 57, 59	4	101	do.	3 1/2	94 1/2	—	Preussische do.	4	95 1/2	—
do. v. 1856	4 1/2	101 1/2	do. neue do.	4	89 1/2	89 1/2	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4 1/2	129	—
do. v. 1853	4	95 1/2	Westpreussische do.	3 1/2	83 1/2	83 1/2	Oesterreich. Metalliques	5	—	44 1/2
Staats-Schuldcheine	3 1/2	87 1/2	do. do.	4	93	92 1/2	do. National-Anleihe	5	53	52
Prämien-Anleihe v. 1855	3 1/2	116 1/2	Danziger Privatbank	4	86	—	do. Prämien-Anleihe	4	—	57 1/2
Nitpreussische Pfandbriefe	3 1/2	83 1/2	Königsberger do.	4	—	80 1/2	Polnische Schatz-Obligationen	4	81 1/2	80 1/2
do. do.	4	93	Magdeburger do.	4	—	76 1/2	do. Cert. L.-A.	5	93 1/2	92 1/2
Pommersche do.	3 1/2	89 1/2	Possener do.	4	81 1/2	80 1/2	do. Pfandbriefe in Silber-Rubeln	4	86 1/2	85 1/2

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:
Hr. Gutsbesitzer Wellmann a. Ofreden. Hr. Schiffsmäkler Philippen a. Antwerpen. Die Hrn. Kaufleute Spielmeyer a. Leipzig und Lessing a. Mewe.
Hotel de Berlin:
Hr. Fabrikbesitzer Bura a. Kbeda. Hr. Gutsbesitzer Heyne a. Zellgenau. Hr. Kaufmann Berger a. Berlin.
Schmelzer's Hotel:
Die Hrn. Kaufleute Luther a. Lilsit, Feunert a. Sondershausen, Klink a. Nordorf, Willner a. Stettin, Meyer a. Berlin und Thauvel a. Elberfeld.
Walter's Hotel:
Hr. Gutsbesitzer Schwaneberg a. Pommern. Hr. Landwirth Knuth a. Dwitz. Die Hrn. Kaufleute Göbert a. Guben, Thönemann a. Chemnitz, Schönwald und Seemann a. Berlin und Andig a. Auerbach.
Hotel de Thorn:
Hr. Apotheker Hofenwerk a. Breslau. Hr. Fabrikbesitzer Noß a. Liegnitz. Die Hrn. Kaufleute Huber a. Hanau, v. Franken a. Mainz, Hübschmann a. Berlin u. Sarcafter a. Rostock.
Deutsches Haus:
Die Hrn. Kaufleute Schwarz a. Marienburg und Böhm a. Carthaus. Hr. Gutsbesitzer Hofenschild a. Schneidemühl. Hr. Maler König a. Berlin.

Stadt-Theater in Danzig.

Freitag, den 15. Februar. (5. Abonnement Nr. 10.)
Die Anna-Liese.

Historisches Schauspiel in 5 Acten von Hermann Hersch. **Sonnabend, den 16. Febr.** (Abonnement suspendu.) Benefiz und letzte Gastdarstellung der Semora **Saemann de Paetz.**

Lucia von Lammermoor.

Tragische Oper in 3 Acten von Salvatore Cammerano Musik von Donizetti.

Um baldige Aufführung des „Orpheus“ wird die geehrte Direction ersucht.

2 Wehrlingsstellen
find bei mir offen und können Söhne ordentlicher Eltern sich bei mir melden.
Julius Radike, Danzig.

Zur Frühlingswäsche empfiehlt echte **Gallseife** für Seiden-, Wollen- und Baumwollstoffe, so wie zum Reinigen von Theer-, Oel- und Fettflecken, mit Gebrauchsanweisung in Stücken, im Duzend billiger.
C. Müller, Fopengasse, am Pfarrhofs.

Ein junger Mann wünscht in einem Eisen- und Kurzwaaren-Geschäft ein Engagement. Gefällige Adressen unter H. 2. nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Zur bevorstehenden Bauaison empfehle ich mein Lager von **feuerficheren Dachpappen** in Rollen und Tafeln, Asphalt-Dachpfl., Asphalt, Pappnägel, Steinbohlenpach u. Steinkohlen-theer.

Das vollständige Eindecken der Dächer mit Dachpappe lasse ich durch meine Leute ausführen und leiste für die Dauerhaftigkeit Gewähr.

Carl Willenius,

Gundegasse 124.

Bei **Edwin Groening**, Portchaisengasse No. 5, sind zu haben:

Zum Gebrauch für Hausbesitzer:

- 1) **Miethe-Kontrakte** in üblichster Form;
- 2) **Quittungsbücher über empfangene Miethe**, bei monatlicher, vierteljährlicher und halbjährlicher Zahlung, auf mehrere Jahre brauchbar;
- 3) **Quittungsformulare** über empfangene Miethe;
- 4) **Aushänge-Zettel**, um Stuben (mit und ohne Möbeln), Wohnungen, (Ober- und Untergelegenheiten), Wohnkeller, Stallungen etc. zu vermietten.

Für Hypothekengläubiger

Quittungsbücher über empfangene Zinsen.